

**Antwort der Abgeordneten zum Europäischen Parlament, österreichische Delegation
Grüne/EFA: Monika Vana, Thomas Waitz und Sarah Wiener**

1) Ihre Position: Sofortige Aufnahme, auch wenn die Kopenhagener Kriterien noch nicht erfüllt sind – ja, nein? Wie lautet Ihre Position zur Forderung, alle Länder des Westbalkans (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien) gemeinsam in die Europäische Union aufzunehmen? Warum stimmen Sie zu/welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach dagegen? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Der EU-Beitritt aller sechs Westbalkanstaaten ist ganz klar unser Ziel. Um das zu erreichen sollten sowohl die EU als auch die Westbalkanstaaten beständig und entschlossen an einer weiteren Annäherung arbeiten. Die Kopenhagener Kriterien wurden 1993 mit Blick auf die Osterweiterung beschlossen und sie sollten erfüllt sein, wenn ein Land EU-Vollmitglied wird. Um an diesen Punkt zu gelangen gibt es schließlich den Beitrittsprozess, der die Beitrittskandidaten in politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Sicht auf die EU-Mitgliedschaft vorbereitet. Im Moment sind die Westbalkanstaaten in diesem Prozess unterschiedlich weit fortgeschritten. Mit Montenegro und Serbien laufen beispielsweise bereits die Beitrittsverhandlungen, wobei Montenegro aus unserer Sicht am weitesten fortgeschritten ist im Beitrittsprozess. Bosnien und Herzegowina und Kosovo hingegen gelten als potenzielle Bewerberländer, da noch einige Reformen notwendig sind, bevor der Beitrittsprozess überhaupt beginnen kann. Die EU sollte so gut wie möglich mit den betreffenden Staaten zusammenarbeiten, um hier Fortschritte zu erzielen. Albanien und Nordmazedonien haben die Kriterien für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erfüllt, die Aufnahme der Gespräche ist allerdings immer wieder an Vetos einzelner Mitgliedsstaaten im Rat gescheitert. Unsere grüne Forderung ist, die Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien schnellstmöglich anzustartet.

Aufgrund der unterschiedlich weit fortgeschrittenen Prozesse ist es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, den gleichzeitigen EU-Beitritt aller sechs Westbalkanstaaten zur Bedingung zu machen, sondern den Beitritt einzuleiten, sobald die jeweiligen Staaten die Kopenhagener Kriterien weitestgehend erfüllen. Egal, an welchem Punkt im Beitrittsprozess sich die jeweiligen Länder befinden, sie näher an die EU zu binden ist nicht nur für die Region von Vorteil, sondern auch im ureigenen Interesse der Union.

2) Ihre Vision: Welche Zukunftsaussichten sehen Sie für die Länder des Westbalkans? Welchen Beitrag können die Länder für die EU leisten? Bitte formulieren Sie Ihre persönliche Botschaft an die Region! (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Die Westbalkanstaaten gehören zu Europa, sowohl geografisch als auch historisch. Gerade aus österreichischer Sicht ist diese historische, kulturelle und menschliche Verbundenheit ganz offensichtlich. Doch nicht nur deshalb sehen wir alle sechs Westbalkanstaaten als zukünftige Mitglieder der Europäischen Union. Wir setzen uns im Europäischen Parlament für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und eine lebendige Zivilgesellschaft ein, sowohl in heutigen als auch in zukünftigen EU-Ländern. Leider kämpfen aber auch andere Akteure am Westbalkan um Einfluss, die diese Werte nicht teilen, wie zum Beispiel China, Russland und Saudi-Arabien. Es ist daher auch im Interesse der Union, eine weitere Annäherung voranzutreiben, um diese Einflussnahme von nicht-demokratischen Staaten einzudämmen.

Es gibt viele Menschen am Westbalkan, die sich engagiert für Grundfreiheiten, Demokratie und die Umwelt einsetzen und die europäische Zivilgesellschaft bereichern. Leider gibt es ebenso viele, insbesondere junge, Menschen, die ihr Land verlassen wollen, da sie dort keine wirtschaftliche oder politische Zukunft sehen. Die EU sollte sich dafür einsetzen, dass sich das ändert. Es geht dabei auch um die Glaubwürdigkeit der EU, die den Beitritt der Westbalkanländer zum Ziel erklärt hat.

3) Ihr Handlungsspielraum: Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen setzen Sie bzw. planen Sie, um Ihre Positionen hinsichtlich der Westbalkan-Länder auf EU-Ebene zu vertreten? Welche Rolle nehmen Sie persönlich dabei ein? Welche Kontakte in die Region haben Sie? (1000-2000 Zeichen, inkl. Leerzeichen)

Thomas Waitz:

Als Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) lege ich das Hauptaugenmerk meiner Arbeit auf die Westbalkanstaaten. Die Region beschäftigt mich seit vielen Jahren sowohl privat als auch beruflich und es ist mein erklärtes Ziel, durch meine Arbeit als Europaparlamentarier zur Annäherung zwischen der EU und den sechs Westbalkanstaaten beizutragen. Daher bin ich Mitglied der Westbalkan-Arbeitsgruppe des EU-Parlaments sowie der Delegationen für Beziehungen mit Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina und Kosovo und tausche mich in diesem Rahmen regelmäßig mit Regierungs- und Parlamentsmitgliedern der entsprechenden Länder aus. Außerdem verhandle ich als grüner Schattenberichterstatter für Albanien und Montenegro die jährlichen Länderberichte des Europäischen Parlaments und arbeite intensiv zu den Ländern des Westbalkan. Dazu gehören neben Reisen in die Region auch ein reger und ständiger Austausch mit NGOs, Journalist*innen und Politiker*innen, beispielsweise zu Themen wie Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung. Ich bin außerdem im Austausch mit vielen Aktivist*innen in den Westbalkanstaaten, die sich Umwelt und Naturschutz einsetzen, beispielsweise für die Erhaltung von Flüssen oder die Verbesserung der Luftqualität und unterstützen ihre Belange im Europaparlament. Beispiele unserer Erfolge in diesem Bereich sind die Erhaltung der Salina Ulcinj in Montenegro und das Versprechen seitens der albanischen Regierung, den gesamten Fluss Vjosa, einen der letzten freifließenden Flüsse Europas, zu einem Naturschutzgebiet zu machen. Dies ist eine Forderung, die 90% der Bevölkerung in Albanien unterstützen und für die die lokale Zivilgesellschaft und wir im Europaparlament gekämpft haben. Ich bin überzeugt, dass es im Interesse aller Beteiligten ist, den Austausch zwischen der EU und den Westbalkanstaaten zu fördern, auf politischer wie auch persönlicher Ebene.

Monika Vana:

Als Mitglied im Europaparlaments-Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) bin ich seit 2014 immer wieder intensiv mit Anliegen, die den Westbalkan betreffen, beschäftigt. Dabei geht es auch um die Förderungen für Länder die der EU noch nicht beigetreten sind, im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA). Bereits als Gemeinderätin in Wien war mir der Kontakt zu Ost- und Südosteuropa ein wichtiges Anliegen. Dazu habe ich ab 2005 den „Central European Round Table“ (CERT) initiiert, bei dem sich alljährlich Kommunalpolitiker*innen von Grünen und progressiven Parteien, sowie Vertreter*innen von NGOs, besonders aus den Ländern des Westbalkans, in Wien treffen und

Erfahrungen austauschen – über „best practices“ und europäische Themen wie Maßnahmen gegen den Abbau von Rechtsstaatlichkeit oder Gleichstellung.

Von 2015 bis 2018 war ich, gemeinsam mit dem damaligen kroatischen EP-Abgeordneten Davor Škrlec, Koordinatorin der Arbeitsgruppe „Baltics to Balkans“ der Greens/EFA-Fraktion, die Seminare und Konferenzen in einigen Ländern des Westbalkans organisierte, bei denen Stakeholder*innen (z.B. Bürgermeister*innen) und Interessierte aus der Zivilgesellschaft über die Fördermöglichkeiten der EU informiert wurden und über Beitrittsperspektiven diskutiert wurde. Außerdem habe ich die Gelegenheit wahrgenommen, mir bei Besuchen ein Bild zu machen. Ein großes persönliches Anliegen ist mir Nord-Mazedonien, dessen EU-Beitritt ich für vorrangig halte. Das Land erfüllt alle wichtigen Kriterien (mehr als so mancher EU-Mitgliedstaat!), hat zur Rechtsstaatlichkeit zurückgefunden und sich mit Griechenland im Namensstreit geeinigt. Wenn hier von einzelnen EU-Staaten blockiert wird, würde das auf lange Zeit hinaus pro-europäische Kräfte schwächen und Nationalisten Auftrieb geben!

Aktuell sehe ich die kürzlich begonnene Konferenz zur Zukunft Europas, an der ich als Delegierte des Europaparlaments teilnehme, als große Chance, mich aktiv für die Teilhabe des Westbalkans einzusetzen.

Sarah Wiener:

Natürlich befürworte ich den Beitritt der sechs Westbalkanstaaten zur EU und unterstütze ebenso stets die Position der Grünen/EFA Fraktion zu diesem Thema, wenn zum Beispiel Abstimmungen in der Plenarsitzung zu relevanten Dossiers anstehen. Den Worten meiner Kolleg*innen Thomas Waitz und Monika Vana kann ich da kaum noch mehr hinzufügen. Als Mitglied in den Ausschüssen für Landwirtschaft und Umwelt fokussiert sich meine parlamentarische Arbeit jedoch stark auf das Thema Lebensmittel (Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit usw.), weshalb es mir leider nicht möglich ist, mich im Detail mit den Fragen des Beitritts der Westbalkanstaaten zur EU auseinanderzusetzen. Gleichzeitig stehe ich natürlich voll hinter meiner Fraktion, die sich stets für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nord Mazedonien und Albanien und auch für mehr Flexibilität der EU in Verhandlungen mit Serbien und Montenegro ausgesprochen hat.